



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/109 - 12. Mai 1956  
Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 81-33  
Fernschreiber 0 886 890

Vor neuer Saarverhandlungen	S. 1
Verhandlungen in Polen	S. 3
Kommuniqué des Parteivorstandes	

## Der Saarlösung entgegen

Von Dr. Karl Mommer, MdE.

Wenn am 15. und 16. Mai in Paris die Staatssekretäre Hallstein und Faure zur Fortsetzung der Saarverhandlungen zusammentreffen und wenn am 2. Juni Dr. Adenauer und Guy Mollet vielleicht doch die letzten Verhandlungsknoten mit dem scharfen Messer der politischen Entscheidung zerschneiden, dann wird etwas eingetreten sein, was vor Jahresfrist niemand zu hoffen gewagt hätte: die Rückgliederung des Saargebietes zu Deutschland wird beschlossene Sache sein.

Es bedurfte dazu der wuchtigen Rebellion der Saardeutschen mit dem Stimmzettel, nicht zuletzt gegen den deutschen Bundeskanzler. Nach dem 23. Oktober 1955 bedurfte es aber auch der französischen Einsicht, dass es nunmehr besser sei, diesen leidigen Saarkampf schnell, ehrenvoll und für beide Seiten vorteilhaft zu beenden. Ohne die kämpferische Demonstration, dass eine dauernde Teilung Deutschlands unmöglich ist, gibt es keine - westliche oder östliche - Bereitschaft zur Wiedervereinigung; ohne Opfer unsererseits, durch welche die Wiedervereinigung ihre Vorteile auch für die nachgebende Seite hat, gibt es keinen Vollzug der Wiedervereinigung.

Niemand mehr als die Bundesregierung selbst wird Lehren aus dem westlichen Modellfall der Wiedervereinigung zu ziehen haben. Wie würde es wohl mit der Zustimmung Frankreichs zur Rückgliederung stehen, wenn das Saargebiet in ein von Frankreich als feindlich empfundenenes Militärbündnis eingegliedert werden könnte?

### Zumutbare und unzumutbare Opfer

Die SPD-Fraktion hat diese Woche im Bundestag erklärt, sie stehe zu ihrer früheren Bereitschaft, Frankreich bei der Rückgliederung der Saar wirtschaftlich entgegenzukommen. Die Frage ist, welche Opfer man bringt, an welcher Stelle man sie bringt und wie gross sie sein dürfen. Einige französische Forderungen bedeuten für uns

keine Opfer: Erhaltung und Entwicklung des jetzigen grossen Handelsvolumens Saar-Frankreich; vertragliche und organisatorische Sicherstellung der Kohlelieferungen; die Gewährung einer Übergangsfrist für den Vollzug der wirtschaftlichen Rückgliederung der Saar. Andere Forderungen bedeuten Opfer, z.T. grosse Opfer und z.T. unmögliche, unannehmbare Opfer.

Unter der Grenze her laufen die Abbauschächte in den Warndt hinein. Sofortiger Abbaustopp bedeutete Kapitalvernichtung. Die Erfüllung der französischen Forderung auf Abbau weiterer 90 Millionen Tonnen hiesse 25 Jahre Abtragen des Lebensblutes der saarländischen Wirtschaft vom Ausland her; es hiesse Verzicht auf 1/3 der sicheren Vorkommen im Warndt; es hiesse Groll und Empörung der Montan-Arbeiter an der Saar. Ja fünf, spätestens in zehn Jahren sollte auch im Warndt der Kohle-Nachkrieg liquidiert sein!

#### Möglichst kurze Übergangsfrist

Je schneller das Vergessen einsetzen kann, umso besser für alle Beteiligten. Das gilt auch für die wirtschaftliche Übergangsfrist nach der politischen Rückgliederung. Die saarländischen und die französischen Interessen werden gebührend geschont, wenn die Zeit des Umschaltens auf zwei Jahre bemessen wird. Fünf Jahre würden bedeuten, dass erst am Ende dieser langen Zeit die Saarwirtschaft sich voll in die deutsche Wirtschaft einschalten können, während sie jetzt schon nur noch mit gelähmter Kraft in der französischen tätig werden kann.

Wir Sozialdemokraten wollen bei der Rückgliederung das Soziale nicht vergessen. Nicht nur darf kein Sozialleistungsempfänger schlecht dabei abschneiden, wenigstens ebenso wie das Recht deutscher Eigentümer auf die Montan-Betriebe, liegt uns das Recht der Arbeitnehmer auf sie am Herzen. Wir können deshalb keinen Vertrag gutheissen, der die Ausdehnung unseres Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in der Montanindustrie auf die Montan-Wirtschaft an der Saar unmöglich machte. Das gilt vor allem für das grosse Röchling'sche Eisen- und Stahlwerk in Völklingen.

#### Die grosse Unbekannte

Ob es gefällt oder nicht, die Franzosen haben den Moselkanal mit der Rückgliederung gekoppelt. Er ist die grosse Unbekannte in der Rechnung, weil sich aus den Sachverständigengutachten seine Baukosten, seine Betriebskosten, seine Nebenkosten (Bundesbahn) und seine Folgekosten (Begünstigung der lothringischen Konkurrenz zur Saar und Ruhr) nicht mit zulänglicher Klarheit ergeben. Es ist auch eine offene Frage, wie es mit der Rentabilität sein soll und wer die nützlichen oder wahrscheinlichen Verluste zu zahlen hätte. Klar ist nur, dass der Kanal aus deutschen und aus wirtschaftlichen Gründen nicht gebaut wurde. Wird er doch gebaut, so wird er, selbst wenn alle etwaigen Verluste von dem Nutzniesser Frankreich getragen werden, die grosse, auf Jahrhunderte wirksame Konzession an Frankreich sein.

Zum abgeschlossenen Vertrag wird man ja oder nein sagen müssen. Unser Ja wird nicht durch Passivposten der Bilanz unmöglich gemacht. Die Passiva müssen zumutbar und tragbar sein. Die Freude über die baldige Heimkehr der Saar wird unser Gewinn sein. Den Gewinn, der in der Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses liegt, können wir ehrlich mit Frankreich teilen.

Warschauer Kursänderung - Sturz der Stalinisten

O.H. Wollte man die von Chruschtschow vor den Führern der Labour-Party in London abgegebene Erklärung, dass Moskau auf die Entwicklung in den Ländern des Ostblocks keinen Einfluss habe, ernst nehmen, so müssten die in den letzten Wochen in diesen Ländern, vor allem in Polen eingetretenen Veränderungen als Zeugnisse weitgehender Unabhängigkeit gewertet werden. In Wirklichkeit hängt das rasche Tempo der Wandlung in Warschau eng mit Chruschtschow zusammen: Sie begann gleich nach seiner Abreise aus Warschau Mitte März dieses Jahres, wo er an den Beerdigungsfeierlichkeiten für Boleslaw Bierut teilnahm.

Im Gegensatz zu den anderen Satellitenländern lief nach dem Tode Stalins im Jahre 1953 der Neue Kurs in Polen nur sehr langsam an. Das entsprach ganz dem Charakter Bieruts, der radikalen Wendungen abhold war und umgekehrt seinerzeit auch den Stalinismus im volkdemokratischen Polen nicht in der radikalen Form durchführte.

Konnte sich also das "politische Tauwetter" in Polen unter Bieruts Klima nur langsam entwickeln, so verwandelte es sich nach dem Antritt seines Nachfolgers Edward Ochab in eine viele Hindernisse mitreisende Eisschmelze. Fast alle Hauptstützen des Stalin-Kurses sind nacheinander gestürzt: der Außenminister Skrzyszewski, der vor einiger Zeit zum Minister für Staatsgüter degradierte ehemalige Staatssicherheitsminister Radkiewicz, die Minister für Justiz, für Arbeit, für die Kommunalwirtschaft, für den Steinkohlenbergbau, der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit und als Krönung zuletzt auch noch der Chefideologe des polnischen Kommunismus, Jakub Berman, der zugleich stellvertretender Ministerpräsident war. Damit sollte vor dem Volk die Abwendung von dem bisherigen Kurs möglichst eindrucksvoll demonstriert werden.

Als direkte Umwerbung des Volkes ist das weitgehende Amnestiegesetz anzusehen, das politische Vergehen gegen das Regime fast restlos ausser Strafe stellt. Nicht ohne Eindruck wird hierbei die gegenüber den Angehörigen der ehemaligen Untergrundarmee "Armja Krajowa" eingetretene Neuorientierung bleiben, denen unumwunden bescheinigt wird, dass sie zu Unrecht verfolgt wurden. Hier wirft sich sogleich

die Frage auf, was nun mit dem Verteidigungsminister Rokossowski werden wird, der ja seinerzeit als Befehlshaber der Sowjet-Armee die "Armja Krajowa" beim Warschauer Aufstand als "faschistische Feinde" schmähslich im Stich liess. Eine grosse Verlockung wird die Amnestie zweifellos für die zahlreichen im Exil lebenden Polen sein, denen alles "vergeben und vergessen" wird. Der ihnen für die Rückkehr gestellte Termin bis 27. Juli 1957 kann als recht grosszügig angesehen werden. Der zweifellos vorhandene Erfolg der schon seit längerer Zeit geführten Repatriierungskampagne dürfte durch die Amnestie noch eine Steigerung erfahren.

Ebenso kommt die Rehabilitierung der in der Stalin-Aera verurteilten hohen Offiziere der Mentalität des polnischen Volkes gut entgegen. Sollte das Regime nun auch noch den Mut aufbringen, dem Volke die Wahrheit über Katyn zu sagen und die Stalin-Aera für die Ermordung der 4 000 polnischen Offiziere verantwortlich zu machen - wofür es bereits manche Anzeichen gibt - so kann das alles zusammengefasst zu einer nicht unbeträchtlichen Änderung des Verhältnisses zwischen Volk und Regierung in Polen führen.

In keinem der Ostblockstaaten - vielleicht die Sowjetunion ausgenommen - ist das Steuer so kühn herumgeworfen worden, wie in Polen. Wenn also die Meinung Churchills, dass in der Sowjetunion eine echte Wandlung zu verzeichnen sei, richtig ist, so trifft das insbesondere auch auf Polen zu.

+ + +

#### Blamage

Das liberale Brüsseler Blatt "SOIR", das grösste Blatt Belgiens, das sich im allgemeinen sehr in der Beurteilung ausländischer Vorgänge zurückhält, beschäftigt sich mit dem Spruch Frankfurter Richter welcher den Dienst in der Gestapo bei der Berechnung der Pensionsjahre einbezieht, wenn sich der betreffende Beamte "korrekt" betragen hat. Verachtungsvoll kommentiert das Blatt: "Dieser Spruch spricht Bände über den Geist, der noch in gewissen Kreisen Deutschlands herrscht. Gewiss hat die Denazifizierung uns schon in dieser Beziehung vieles Erbauliche gezeigt. Aber mit diesem Spruch sind alle Grenzen überschritten.--- Wenn es in früheren Zeiten, den Zeiten Friedrich des Grossen, Richter in Berlin gab, so gibt es heute keine mehr in Frankfurt."

+ + +

- 5 -

"Der Mann mit dem gebrochenen Bein"

In einem ausführlichen Rückblick auf das vielbesprochene deutsch-englische Gespräch in Königswinter schreibt ein Teilnehmer, Prof. Michael Freund - Kiel, in der Halbmonatsschrift "Die Gegenwart" u.a.:

Unbeweisbares und Unbegreifbares standen in der Frage der Wiedervereinigung zwischen Deutschen und Engländern. Das deutsche Unbehagen, die deutsche Ratlosigkeit und eine gewisse deutsche Hoffnungslosigkeit, die sich in der Resignation ebenso ausdrückten wie in einer forschen nationalen Zuversicht, legten sich doch schliesslich auch auf das Gemüt der Engländer. Der Vorwurf, dass sie nicht genügend Mitgefühl für das deutsche Verlangen nach Wiedervereinigung aufbrächten und praktisch nicht genügend für die Wiedervereinigung täten, wurde von den Deutschen wenig ausgesprochen, doch glaubten die Engländer fast immer, sich dagegen wehren zu müssen. Sir Walter Elliot, der ehemalige konservative Finanzminister, erinnerte an den Ausspruch Shaws: eine verstümmelte Nation sei wie ein Mann, der sich ein Bein gebrochen habe und der immer nur von diesem Bein reden könne. Sir Walter spannte das Gleichnis nicht aus, aber die Nutzenanwendung war klar genug. Die Briten haben genug von der skeptischen und ironischen Weltklugheit, die von keinem Mann mit einem gebrochenen Bein erwartet, er würde von etwas anderem reden können als von diesem Bein. Sie verhehlen allerdings auch nicht, dass solch ein "nuisance" zu werden vermag, eine Plage und ein Ärgernis. Die Menschen meinen nach einiger Zeit, er könnte nur endlich davon Kenntnis nehmen, dass man ihm fürs erste nicht helfen könne und das Jammern lassen. Das Leben geht weiter, und es ist nun einmal in der Welt so: Lache, und die Welt lacht mit dir, weine, und du weinst allein. Die Gesunden gehen den Kranken aus dem Wege. Es gibt viele kranke Völker in der Welt, und es ist schon oft dagewesen, dass die Weltmächte sich zu einem Fakt des Friedens und der Verständigung zusammensetzten, auch wenn diese Völker hinausschrien dass kein Friede in der Welt sein könne, wenn sie in ihrer Verzweiflung und Friedlosigkeit gelassen würden. Mitunter haben eben die Weltmächte geantwortet wie Napoleon, als man ihm die Schrecken des Übergangs über die Beresina schildern wollte: Wollt ihr mir meine Ruhe rauben?

\* \* \*

12. 5. 1956

Unter der Leitung des Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, fand am Freitag und Sonnabend in Bonn eine Sitzung des Vorstandes der Partei statt, die sich mit einer Reihe laufender Angelegenheiten befasste. Ollenhauer gab einen Überblick über die jüngste aussen- und innenpolitische Entwicklung. Er stellte dabei fest, dass die Deutschland-Frage zur Zeit als isoliertes Problem nicht auf die Tagesordnung internationaler Verhandlungen gesetzt werden könne. Das sei eine Folge der Pariser Verträge. Die sowjetische Aussenpolitik sehe unterdessen keinen Anlass, von sich aus in der Deutschland-Frage etwas anzubieten. Diese Entwicklung sei nicht zuletzt auf die passive Haltung der Bundesregierung zurückzuführen, die es veräumt habe, von sich aus rechtzeitig darauf zu drängen, dass die Frage der deutschen Einheit in grösserem Rahmen und mit grösserem Nachdruck zur Diskussion gestellt werde.

Der Vorstand der Partei beschloss die Einleitung von Massnahmen, die geeignet sind, sobald als möglich die Freilassung der politischen Gefangenen in der sowjetisch besetzten Zone zu erreichen. Ein kleiner Kreis von Personen, die mit der Materie besonders vertraut sind, wurde beauftragt, unverzüglich mit der Prüfung der Frage zu beginnen, welcher Weg am aussichtsreichsten ist, um diese politischen Häftlinge, gleich welcher Partei sie angehört haben oder angehören, freizubekommen.

Ein weiterer Gegenstand der Aussprache bildete die vom Sicherheitsausschuss beim Parteivorstand erarbeiteten Empfehlungen der Wehrfrage. Der Vorstand beschloss, diese Empfehlungen, die bereits die wesentliche Grundlage der Ausführungen des sozialdemokratischen Sprechers in der ersten Lesung des von der Regierung vorgelegten Wehrpflichtgesetzes im Bundestag bildeten, innerhalb der Partei zur Diskussion zu stellen.

Fritz Heine berichtete eingehend über den Stand der sozialdemokratischen Pressearbeit in der Bundesrepublik. Erwin Schoettle gab einen kurzen Rückblick auf die Regierungsbildung in Baden-Württemberg, die zu dem bekannten Ergebnis eines Allparteien-Kabinetts aus CDU/SPD/FDP/BHE geführt hat.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau